

Budgetentwurf 2008

Nachhaltiger wäre besser

Handelskammer und CEPL legen ihre Gutachten vor

Die Handelskammer stellte gestern ihr Gutachten zum Haushaltsentwurf der CSV/LSAP-Koalition für 2008 vor. Der Handel begrüßt, dass die Staatsfinanzen wieder zu einem Gleichgewicht zurückgefunden haben, würde sich aber dennoch eine nachhaltigere Finanzpolitik wünschen. Auch die Kammer der Privatangestellten hat ihre Begutachtung abgeschlossen.

„Die Tripartite-Beschlüsse tragen erste Früchte“, stellte Handelskammer-Direktor Pierre Gramagna bei der Vorstellung des Budget-Gutachtens für 2008 fest. Dennoch sollte man nicht zu optimistisch sein. Schließlich sei das Gleichgewicht der öffentlichen Finanzen vor allem auf die gute Konjunktur zurückzuführen.

Etwas enttäuscht zeigte sich die Berufskammer über das Steuerpaket der Regierung. Während Privathaushalte großzügig entlastet werden sollen und der Kinderbonus eingeführt wird, fielen die steuerlichen Anreize für die Unternehmen bescheidener aus. Daher begrüßt die Handelskammer, dass die Regierung Gespräche mit dem Arbeitgeberverband UEL aufgenommen hat, um über Verbesserungen und Erleichterung in der der Unternehmensbesteuerung zu diskutieren. Die Handelskammer erwartet sich spätestens für 2009 weitere Schritte zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit.

Sorgen bereitet den Gutachtern die nachhaltige Gestaltung der öf-



Premier Juncker und Budgetminister Luc Frieden haben noch nicht alle von ihrer Vorlage überzeugt. (FOTO: GUY JALLAY)

fentlichen Finanzen. Die Handelskammer regt an, Luxemburg solle ähnlich wie Norwegen und einige Golfstaaten die Einnahmen aus dem Finanzplatz-Geschäft in einen Spezialfonds speisen. Eine Idee, die Premier- und Finanzminister Jean-Claude Juncker bei den Budgetdebatten für 2007 bereits aufgegriffen hatte. Mittelfristig solle der Staat einen Haushaltsüberschuss von 1,5 Prozent des BIP anstreben, fordert die Handelskammer. Im vorliegenden Etat für 2008 machte die Handelskammer noch ein Sparpotenzial von 200 Millionen Euro aus, ein Betrag

mit dem der gewünschte Überschuss schon fast erreicht werden könnte.

Auch die Kammer der Privatangestellten (CEPL) hat den Staatshaushalt unter die Lupe genommen. Die Vertreter der Angestellten wundern sich über den erklärten Willen der Politik, die Rolle des Staates im Wirtschaftsleben zurückdrängen zu wollen. So soll der Anteil der Einnahmen und Ausgaben des Staates im Bruttoinlandsprodukt progressiv und nachhaltig verringert werden. Die Angestelltenkammer fragt sich, ob diese haushaltspolitische

Zielsetzung mit einer Verbesserung der sozialen Lage im Großherzogtum zu vereinbaren sei. Die CEPL begrüßt wie die Handelskammer die Einführung des Kinderbonus. Diese Sozialleistung solle allerdings anderen Familienzulagen angerechnet und vorzugsweise monatlich ausbezahlt werden. Zudem bräuchte es einen Mechanismus, um die Familienzulagen regelmäßig zu überprüfen und gegebenenfalls an die Preisentwicklung anzupassen. Die CEPL weist darauf hin, dass die Steuerabschläge seit langem nicht mehr angepasst wurden. (LZB)